



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

32. Sitzung (öffentlich)

16. Mai 2007

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 13:05 Uhr

Vorsitz: Bernhard Tenhumberg (CDU) (Stellv. Vorsitzender)

Protokollerstellung: Rainer Klemann, Simona Roeßgen (Federführung)

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

Korrektur: Auf Wunsch der Abgeordneten Barbara Steffens (GRÜNE) wird das Abstimmungsergebnis (Votum) zu TOP 7 „Gesetz zur Übertragung der Regionalplanung für die Metropole Ruhr auf den Regionalverband Ruhr“ im Protokoll der 31. AGS-Ausschusssitzung (APr 14/396) wie folgt geändert:

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/2774 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD zu.

1 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten

5

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/4209

- abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

Der Ausschuss lehnt den Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen ab.

2 **Pflegenotstand verhindern - Wiedereinführung der Umlagefinanzierung in der Altenpflegeausbildung!**

8

Antrag der Fraktion der SPD

Drucksache 14/3480

Vorlage 14/961

Stellungnahmen siehe nachfolgende Tabelle

- Gespräch mit Expertinnen und Experten

Institution	Redner/-in	Stellungnahme	Seite
Forschungsgesellschaft für Gerontologie, Institut für Gerontologie an der Universität Dortmund	Dr. Eckart Schnabel Dr. Waldemar Schmidt	14/1100	8, 21, 30 8, 28, 32
Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen	Frank Böttcher	14/1094	10, 24, 26
Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege	Michael Huneke	14/1089	11, 27, 32
Institut Arbeit und Technik	Stephan von Bandemer	14/1099	12, 26
Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen	Gertrud Löhken-Mehring		13, 27, 31
ver.di, Landesbezirk Nordrhein-Westfalen	Judith Rösch	14/1115	15, 23
Optionskommunen	Marie-Luise Roberg, Sprecherin der Optionskommunen	14/1107, 14/1091	16

3 **Rechtsklarheit und Rechtssicherheit schaffen für Kinder und Jugendliche, die Sozialgeld beziehen - Geldgeschenke dürfen nicht auf das Sozialgeld der Kinder angerechnet werden**

34

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/4023

- erster Beratungsdurchgang

Das MAGS sagt zu, dem Ausschuss den Erlass von Minister Laumann an die Arbeitsgemeinschaften und die zugelassenen kommunalen Träger zukommen zu lassen, in dem er diese über seine Rechtsauffassung auch zur Anrechnung von Geldgeschenken auf das Sozialgeld der Kinder in Kenntnis setzen will.

Der Ausschuss will für die weitere Beratung den vom MAGS ebenfalls zugesagten Bericht über die Entwicklung in dieser Frage abwarten.

4 Erstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch für das Land Nordrhein-Westfalen 36

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4208

- formelle Bestätigung des vorab beschlossenen Beratungsverfahrens

Der Ausschuss bestätigt einstimmig den bereits vor Einbringung des Gesetzentwurfs gefassten Beschluss, am 22. Mai 2007 eine Anhörung von Sachverständigen durchzuführen.

5 Langzeitarbeitslosigkeit und Niedriglohnsektor in NRW: Möglichkeiten eines sozialen Arbeitsmarktes nutzen - Modell eines „Bonus für Arbeit“ erproben 37

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4250

- erster Beratungsdurchgang

Der Ausschuss will nach dem Treffen des Koalitionsausschusses des Bundes am 19. Juni 2007 in Berlin in die nächste Beratungsrunde gehen und dann festlegen, wann welche Sachverständigen zu diesem Thema angehört werden sollen.

6 Integrierte Versorgung rheumakrankter Menschen in NRW verbessern 40

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4008

- Bericht der Landesregierung

Dem Bericht von StS Prof. Dr. Stefan Winter (MAGS) folgt eine Diskussion im Ausschuss.

7 Angebote zum „Flatrate-Saufen“ unterbinden

45

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/4026
- erster Beratungsdurchgang

Der Ausschuss will zu diesem Thema noch einmal ausführlich beraten.

Das MAGS soll auf Bitten von Barbara Steffens (Grüne) vor dem zweiten Beratungsdurchgang schriftlich mitteilen, wie viele Jugendliche im Laufe des letzten Jahres infolge von Alkoholmissbrauch in nordrhein-westfälische Krankenhäuser eingeliefert worden sind.

8 Schulessen für alle Kinder

47

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/3912
- erster Beratungsdurchgang

Der Ausschuss kommt überein, sich an der vom federführenden Ausschuss für Schule und Weiterbildung zu diesem Antrag geplanten Anhörung nachrichtlich zu beteiligen.

9 Verschiedenes

48

StS Prof. Dr. Stefan Winter (MAGS) äußert sich zu der von den Grünen im April gestellten Frage, ob Nordrhein-Westfalen sich an dem bundesweiten Benchmarking zum Thema Maßregelvollzug der Bundesarbeitsgemeinschaft der Träger Psychiatrischer Krankenhäuser beteiligen wird.

4 Erstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4208

- formelle Bestätigung des vorab beschlossenen Beratungsverfahrens

Stellv. Vorsitzender Bernhard Tenhumberg erinnert an die letzte AGS-Ausschusssitzung, in der zu diesem seinerzeit noch nicht eingebrachten Gesetzentwurf der Vorratsbeschluss gefasst worden sei, am 22. Mai 2007 eine Anhörung von Sachverständigen zu veranstalten. Nachdem der Gesetzentwurf vom Plenum in erster Lesung am 4. Mai 2007 erwartungsgemäß zur alleinigen Beratung an den AGS-Ausschuss überwiesen worden sei, sollte nun die einstimmige Bestätigung des Vorratsbeschlusses folgen. Sachverständige seien benannt worden, erste Teilnahmezusagen lägen vor.

Der **Ausschuss** bestätigt einstimmig den bereits vor Einbringung des Gesetzentwurfs gefassten Beschluss, am 22. Mai 2007 eine Anhörung von Sachverständigen durchzuführen.

